

nichts Neues. Die sind ganz offensichtlich auf den Stoiber nicht eingestellt.“

Ratschläge der Genossen aus der Provinz waren nicht gefragt, und auch nach einem Treffen der Landes- und Fraktions-sprecher in Hamburg klagte ein Genosse, die „Kommunikation“ gehe „immer nur in eine Richtung. Ein Austausch ist da gar nicht erwünscht“.

Schröder mimt nach außen den bekannten Profi. Beim Anblick einer Kamera setzt er reflexhaft sein charmantes Lächeln auf, während Mitarbeiter und Gesprächsteilnehmer ihn jenseits des Rampenlichts als reizbar, verschlossen und auch gegenüber Wohlmeinenden als misstrauisch erleben. Selbst Vizekanzler Joschka Fischer rätselt vor Vertrauten: „Was ist nur mit ihm los?“

Zu den wenigen Souffleuren, die bei Schröder noch auf offene Ohren stoßen, zählt der Ex-Wahlkampfberater und ehemalige Kanzleramtschef Bodo Hombach. Als der ihm vorvergangene Woche bei einem Abendessen die ganze Palette der Pannen in der SPD-Kampagne auflistete, reagierte der Gesprächspartner erstaunlich matt: Das habe er nicht gewusst oder nicht gemerkt – oder er sei nicht dabei gewesen.

Ausgerechnet im Bundestagswahlkampf fehlt dem roten Regenten eine starke Truppe. Loyale und zuverlässige Helfer für die Tagesarbeit reichten ihm bislang aus. Kanz-

leramtschef Frank-Walter Steinmeier ist zwar ein erstklassiger Administrator und vor allem Schmiel von Kompromissen, aber kein Wahlkampfstrategie. Müntefering und Machnig verfügen über Intimkenntnisse der SPD, ticken aber häufig anders als ihr Parteivorsitzender. Gemeinsam entwickelte dieses Trio im Auftrag Schröders die Kampagnen-Konzeption – und jetzt ärgert sich der Hauptmatador, dass er sich selbst zu wenig Zeit dafür nahm.

Statt die Kräfte zu konzentrieren, verzettelt sich die Wahlkampfleitung in Nebensächlichkeiten. Tagelang stritten Kanzleramt und „Kampa“ vorige Woche über die Frage, ob bei Schröders Rede vor 800 Bundestagskandidaten, Abgeordneten und Funktionären diesen Montag in Berlin auch Journalisten zugelassen werden. Müntefering war dagegen, Steinmeier dafür.

Schröder wollte keine interne Veranstaltung, bei der jeder Druck ablassen darf und alle Beschwerden später in der Zeitung stehen. Dann lieber Öffentlichkeit und damit die Chance auf einen Motivationsschub für die gesamte SPD, so sein Kalkül.

Für Müntefering ist der Montagsauftritt der Beginn des „Vorwahlkampfes“. Die 800 Zuhörer sollen sich von einem die Hemdsärmel aufkrepelnden Parteichef wachütteln lassen. „Die Mobilisierung kann und muss besser werden“, verlangt der General.

Auch die vorschnelle Losung „Ich oder der“ wird nun unterfüttert. Der Kanzler weiß, dass Kandidat und Gegenkandidat sich erst anhand von Themen und Thesen beweisen müssen, bevor die Personalisierung in der Endphase beginnt. Über Familien und deren Förderung will er reden, die drängender gewordenen Globalisierungsgängste aufgreifen, sich den Gewerkschaften und damit der Stammklientel der SPD als Wahrer ihrer Interessen empfehlen.

Quasi als Hintergrundbeleuchtung dient der neue Nationalismus, der in Europa grassiert, der mit Jörg Haider's Wahlerfolg in Österreich begann und der sich bei den französischen Präsidentschaftswahlen fortsetzte. Hier will Schröder sich als Alternative, als moderner Europäer präsentieren, sodass Persönlichkeit und politische Grundüberzeugung als Symbiose verstanden werden. Der Wähler soll spätestens am Wahltag den Unterschied erkennen, wenn es heißt: ich oder der.

Schröder steht der größte Kraftakt seiner Karriere bevor, will er die ersehnte Kehrtwende noch schaffen. Auf ihn kommt es jetzt an – aber nicht auf ihn allein. Der Kanzler brauche „bessere Konjunkturdaten, Fehler des Gegners und wohlwollendere Medien“, sagt ein skeptischer SPD-Spitzenmann – und obendrein eine Partei, „die geschlossen hinter ihm steht“. ULRICH DEUPMANN, HORAND KNAUP, GABOR STEINGART



Kanzler Schröder (beim Spatenstich in Leipzig)
„Es wird und wird nicht besser“

FDP

Wachsendes Entsetzen

Die Nachsicht der Parteiführung gegenüber antiisraelischen Ausfällen hat die Liberalen ins Zwielicht gebracht. Jetzt regt sich Kritik.

Höchste Zeit für ein klares Wort, fand Otto Graf Lambsdorff. „Einer wie Herr Karsli gehört nicht in unsere Partei, und er gehört nicht in unsere Fraktion“, blaffte der FDP-Ehrenvorsitzende und frühere Bundeswirtschaftsminister am vergangenen Donnerstag, als der Vorstand der Liberalen über das Verhältnis zu Israel diskutierte. Die Anwesenden murmelten beifällig, niemand widersprach.

Der Ausbruch des Grafen unmittelbar vor dem Parteitag der Liberalen war genau kalkuliert. Lambsdorff und andere FDP-Größen sehen mit wachsendem Entsetzen, wie die Partei durch antiisraelische Ausfälle Einzelner ihren außenpolitischen Ruf aufs Spiel setzt – und damit ihren Anspruch auf das Außenministerium nach der Bundestagswahl im September gefährdet.

Kurz zuvor war im FDP-Präsidium, dem auch Lambsdorff angehört, ein Brandbrief eingegangen, den Hildegard Hamm-Brücher an Parteichef Guido Westerwelle geschrieben hatte. Unverhohlen droht die prominente Liberale, die 1994 als Bundespräsidentin zur Wahl stand, ihren Parteiaustritt für den Fall an, dass die FDP ihren „opportunistisch ins rechte Fahrwasser einmündenden Kurs“ in der Nahost-Debatte nicht aufgeben (siehe Kasten).

Anstoß waren immer schrillere Wortmeldungen des stellvertretenden Parteichefs Jürgen Möllemann zum Nahost-Konflikt. Dazu kam die Aufnahme des Ex-Grünen Jamal Karsli in die von Möllemann geführte FDP-Fraktion im Düsseldorfer Landtag. Der Deutsch-Syrer Karsli hatte den Israelis in einer Presseerklärung „Nazi-Methoden“ vorgeworfen und in einem Interview mit dem rechten Wochenblatt „Junge Freiheit“ getönt, „die zionistische Lobby“ habe „den größten Teil der Medienmacht in der Welt inne“.

Karsli-Förderer Möllemann tadelte die Tiraden seines neuen Mitstreiters nur milde: Solche Äußerungen könnten in Deutschland als antisemitisch verstanden werden.

Der wendige Möllemann, der deutsche und ausländische Firmen bei Geschäften mit arabischen Staaten berät, weiß, wovon er spricht: Anfang April hatte er den Kampf der Palästinenser mit den Worten kommentiert: „Ich würde mich auch wehren, und zwar mit Gewalt ... auch im Land des



ULI DIECK / DPA

FDP-Chef Westerwelle*: Dem heiklen Treiben tatenlos zusehen

Aggressors.“ Das verstanden viele als Rechtfertigung für die Selbstmordattentate in Israel.

Unter den in Deutschland lebenden Juden, die sich seit der Eskalation des Nahost-Konflikts ohnehin vor Übergriffen fürch-

* Am vergangenen Freitag auf dem Parteitag der Liberalen in Mannheim.

ten, sorgte die Äußerung für Empörung. Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, Amtsnachfolger des verstorbenen FDP-Vorstandsmitglieds Ignatz Bubis, sprach von einem „moralischen Bankrott“. Möllemann praktizierte den Schulterchluss mit den Antisemiten.

Neu sind die Israel-feindlichen Ausbrüche Möllemanns nicht. Mehrmals schon

hatte der frühere Bundesminister, der seit 1981 als Vorsitzender der Deutsch-Arabischen Gesellschaft amtiert, dem israelischen Ministerpräsidenten Ariel Scharon „Staatsterrorismus“ vorgeworfen.

Parteichef Westerwelle schaute dem heiklen Treiben seines nordrhein-westfälischen Landesverbandes zu. Bewusst vermied er es, den Düsseldorfer Landesvorsitzenden mit einer deutlichen Ansage zu stoppen. Auf die Kritik Spiegels erwiderte Westerwelle hingegen scharf, er verwehre sich gegen „ehrenrührige Unterstellungen“.

Eine öffentliche Auseinandersetzung mit Möllemann will Westerwelle um jeden Preis vermeiden – ein Streit, so die Befürchtung, könnte das Umfragehoch der Liberalen jäh beenden. Der unberechenbare Westfale ließe sich kaum daran hindern, wieder als rollende Kanonenkugel an Bord der Liberalen Schrecken zu verbreiten. Die Erinnerung daran, wie er Westerwelles Vorgänger Wolfgang Gerhardt das Leben schwer machte, ist noch frisch.

Auch in der Sache selbst ist Westerwelle ambivalent. Er wolle die Jugend vom Zwang befreien, „mit gebeugtem Haupt und gebeugtem Gang“ durch das Leben zu gehen, hatte er schon während der Leitkultur-Debatte des vergangenen Jahres im Stil rechter Demagogen getönt.

Zudem sieht der Chef der umfragegläubigen Liberalen die Demoskopien auf

„Ich schäme mich“

In einem Brief an den FDP-Vorsitzenden Guido Westerwelle droht Hildegard Hamm-Brücher mit ihrem Parteiaustritt.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, lieber Herr Westerwelle,

es lässt mir keine Ruhe, genauer gesagt: Es beunruhigt mich sehr, dass sich unsere Partei in ihren Äußerungen zur Nahost-Politik mehr und mehr den sattsam bekannten antiisraelischen und einseitig propalästinensischen Positionen des Herrn Möllemann annähert.

Für viele unserer angestammten Wähler und Mitglieder (zu denen ich mich zähle) wird das nachgerade unerträglich, weil dahinter eine neue Variante von Antisemitismus salonfähig wird. Ich denke dabei auch an verstorbene Liberale wie Ignatz Bubis und Heinz Karry, die diesen opportunistisch ins rechte Fahrwasser einmündenden Kurs nie und nimmer gebilligt hätten.

Zwar werden seitens der Partei immer mal wieder Details dementiert, bisher ist aber niemals eine eindeutige



KLAUS FRANKE / DPA

Hamm-Brücher

Distanzierung zu Möllemanns Kurs erfolgt. (Der einzige Widerspruch kam bisher von Frau Leutheusser-Schnarrenberger, wofür ich ihr ausdrücklich danken möchte.) So muss sich der Eindruck verstärken, dass sich die FDP für Wähler profilieren will, die den auf bei-

den Seiten grausam geführten Kampf für und gegen das Existenzrecht Israels zum Vorwand nehmen, um ihren mehr oder weniger getarnten Antisemitismus zu rechtfertigen. So jedenfalls wird das nicht nur von jüdischen Mitbürgern verstanden. Ich schäme mich für meine Partei, dass dieser Eindruck überhaupt entstehen konnte, und dafür, dass er nicht entschlossen, aufrichtig und glaubwürdig zerstreut wird.

Bereits am 15. 12. 01 hatte ich mich an Sie mit der Bitte gewandt, den antiisraelischen und einseitig propalästinensischen Äußerungen des Herrn Mölle-

mann entgegenzutreten. Statt einer persönlichen Antwort von Ihnen erhielt ich ein paar halbherzige Pressemeldungen.

Heute ist dies nun ein neuerlicher (und auch mein letzter) Versuch, Sie, sehr geehrter Herr Westerwelle, zu einer unmissverständlichen Kursänderung zu bewegen. Falls dies nicht geschieht, werde ich die FDP, der ich seit 1948 angehöre, verlassen. Wenn wir nicht wenige Monate vor der Bundestagswahl stünden, würde ich den Schritt, der mir schwer fällt, schon jetzt tun. Noch aber überwiegt ein Rest an Verbundenheit und Rücksicht zu meiner Partei, der ich in einem entscheidenden Wahlkampf, wenn irgend möglich, nicht schaden möchte.

Jedoch werde ich in diesem Sinne die weiteren Äußerungen und Positionen der Parteiprominenz (auch in ihren Zwischen- und Untertönen) aufmerksam verfolgen. Neuerliche, tendenziell antisemitische und antiisraelische Stellungnahmen würden zu den angekündigten Konsequenzen führen.

In der Hoffnung, dass diese, meine „ultima ratio“ nicht notwendig sein wird, verbleibe ich mit guten Wünschen Ihre (Noch)parteifreundin

Hildegard Hamm-Brücher

„Auf Gott und Glück“

Die umstrittene Erweiterung des Hamburger Airbus-Werks gerät in schwere Turbulenzen. Ein Baustopp wird immer wahrscheinlicher – und der Baugrund ist instabiler als gedacht.



FEDERICO GAMBARINI / DDP

Fraktionskollegen Karsli, Möllemann
Widerstand jüdischer Wähler?

seiner Seite. Nach einer Erhebung der Forschungsgruppe Wahlen sind FDP-Anhänger Israel-kritischer als die übrigen Bundesbürger. Während 31 Prozent der Gesamtbevölkerung Israel für die Eskalation im Nahen Osten verantwortlich machen, sind es bei den FDP-Wählern 39 Prozent.

Dennoch wollen viele in der FDP – vor allem aus der Kriegs- und Nachkriegsgeneration – Westerwelles Kurs so nicht mehr mittragen. Hildegard Hamm-Brücher, 81, sprach als Erste offen aus, was viele Ältere in der Parteiführung schon länger dachten. Allerdings schwiegen sie, weil sie Westerwelle im Wahlkampf nicht beschädigen möchten.

Dafür nahmen sie sogar in Kauf, dass die ganze FDP in den Ruch des Antisemitismus geraten könnte. Schon brachte der Historiker Michael Wolffsohn einen Aufruf zum Wahlboykott der Liberalen ins Gespräch. „Wenn wir Juden als winzige Minderheit in Deutschland ‚Nein‘ zur FDP sagen“, schrieb der Münchner Hochschullehrer in der „Jüdischen Allgemeinen Wochenzeitung“, werde das „den Ausgang der Bundestagswahl gewiss nicht entscheiden“. Doch für einen möglichen FDP-Außenminister sei der Widerstand jüdischer Wähler ein „denkbar schlechtes Empfehlungsschreiben“, besonders in den USA.

Die Gefahr wintern inzwischen auch die FDP-Oberen. Deshalb grollte Fraktionschef Gerhardt, der sich Hoffnungen auf den Ministerposten macht, vor dem Parteitag am vergangenen Wochenende: „Niemand darf glauben, dass die FDP eine Heimat für antiisraelische Politik bietet.“

Der öffentliche Wirbel, den der Parteiaustritt der liberalen Grande Dame Hamm-Brücher auslösen würde, brachte schließlich wohl auch den Parteichef zur Raison. Der Aufnahmeantrag des Grünen-Dissidenten Karsli beim Kreisverband Recklinghausen wurde auf Druck von oben erst mal beiseite gelegt. Bis eine Entscheidung fällt, heißt es in der FDP-Spitze plötzlich, „kann es unter Umständen sehr, sehr lange dauern“.

KAREN ANDRESEN,
RALF NEUKIRCH

Der Brief, den zahlreiche Einwohner der Hamburger Stadtteile Flottbek und Othmarschen vergangene Woche in ihren Briefkästen fanden, war sieben Seiten lang und enthielt Tipps für die Bewältigung des Alltags unter erschwerten Bedingungen. „Wer seine Fenster offen lässt“, schrieb die Airbus Deutschland GmbH, „muss – wie wir alle wissen – mit mehr Lärm rechnen.“ Eine Karte, die verdeutlicht, warum die „Nachbarn“ in den kommenden Jahren ihre Fenster besser geschlossen lassen sollten, lag bei.

Sie zeigt die Einflugschneise für die Landebahn des Airbus-Werks auf der gegenüberliegenden Elbseite in Hamburg-Finkenwerder – und die Zonen, in denen die Anwohner, auf Kosten des Flugzeugherstellers, Schallschutzfenster und Lüftungsanlagen beantragen können. Die sollen den Lärm dämpfen helfen, der nach Abschluss der laufenden Werkerweiterung durch rund 8000 Überflüge pro Jahr, in Höhen von 80 bis 300 Metern, entsteht.

Besser gesagt: entstehen könnte. Denn ob ab 2006 tatsächlich tagtäglich bis zu 30 Maschinen über die Elbe donnern werden, ist, anders als es die Airbus-Briefschreiber suggerieren, noch längst nicht ausgemacht. Grund: Für den Ausbau des Airbus-Geländes gibt es keinen rechtskräftigen Planfeststellungsbeschluss.

Trotzdem wird seit Februar vergangenen Jahres im Mühlenberger Loch fast ein Drittel des größten Süßwasserwatts in Europa trockengelegt und aufgeschüttet, um Land für neue Montagehallen zur Produk-

tion des Großraum-Jets A380 zu gewinnen. Mehr als 300 der geplanten 665 Millionen Euro hat die „Realisierungsgesellschaft Finkenwerder“, eine privatrechtliche Tochter der Hamburger Wirtschaftsbehörde, seitdem zum Wohle von Airbus verbaut. Ein gefährliches Lotteriespiel.

Die juristische Auseinandersetzung um die Rechtmäßigkeit des Mammutprojekts fängt nämlich gerade erst richtig an. Rechtsanwalt Rüdiger Nebelsieck, der 226 Betroffene vertritt, die wegen „unzumutbarer Lärmbelastigung“ gegen die Werkerweiterung geklagt haben, hält das Airbus-Schreiben deshalb für „ein gezieltes Verunsicherungsmanöver“.

Der Hintergrund: Noch vor den Sommerferien steht vor dem Hamburger Verwaltungsgericht eine Entscheidung in puncto Lärmschutz an, die der seit Jahren vom Hamburger Senat und Airbus betriebenen „Politik der vollendeten Tatsachen am Rande des Rechtsstaats“ (Nebelsieck) ein Ende bereiten könnte.

Schon einmal, im Dezember 2000, hatten die Richterinnen des Verwaltungsgerichts Betroffenen Recht gegeben und einen vorläufigen Baustopp verhängt – mit der Begründung, das Planvorhaben sei nicht, wie vom Senat behauptet, „gemeinnützig“ – sprich: im Interesse der Allgemeinheit, wie beispielsweise ein Verkehrsflughafen –, sondern nur „privatnützig“, also im Interesse des Unternehmens Airbus.

Das Oberverwaltungsgericht (OVG) der Hansestadt hob die Entscheidung zwei Monate später auf und ordnete per einst-



RONALD FROMMANN / LAIF

Gutachter Greiser, Lindner: Zweifel an der Seriosität der Planungen